



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/18

14. Februar 1949

Kampf um den Lohn

H.D. Seit sieben Monaten warten die Arbeitnehmer auf die Angleichung des Lohnes an das Preisniveau. Die Preise steigen ständig, der Reallohn sinkt. Die Lohnerhöhungen aus der Lohndirektive 40 sind längst aufgehoben. Zum Teil haben die Arbeitnehmer sie heute noch nicht erhalten.

Den Gewerkschaften stehen, sofern sie nicht den Unternehmern durch weiteres Abwarten von Preis-Senkungsaktionen die Initiative überlassen haben, sondern das Gesetz des Handelns selbst bestimmen wollen, zwei Wege der Lohnangleichung zur Verfügung: Einmal die Forderung von Teuerungszulagen. Dieser Weg setzt voraus, daß die gegenwärtige Preishöhe einem zeitbedingten Notstand entspringt, den die Zulage nur überbrückt, der Lohn also generell zu den Gesamtlebenshaltungskosten in einem vertretbaren Verhältnis bleibt. Der zweite Weg ist die direkte Lohnerhöhung. Sie beruht auf der Erkenntnis, daß die Lebenshaltungskosten in ihrer Gesamtheit sich in keinem annehmbaren Verhältnis zum Reallohn befinden.

Das Warten auf Einlösung des Erhard'schen Versprechens auf Preissenkungen hat die Arbeitnehmerschaft bereits Milliarden D-Mark gekostet. Es wäre nicht nur naiv, sondern verantwortungslos, sich auf die Initiative der Unternehmer zu verlassen, die gegenwärtig durch Preissenkungen bei Luxuswaren und das Hervorholen von Ladenhütern einen psychologischen Kleinkrieg mit dem Käufer führen. Auch das Lob auf die Geduld der Gewerkschaften, das Militärregierungen und Unternehmer spenden, kann kein Anlaß sein, den sozialen Ausgleich zwischen Lohn und Preis hinauszuzögern. Es muß gehandelt werden, und zwar sofort!

Dabei ist der Weg der Teuerungszulagen ungangbar. Das gegenwärtige Preisniveau betrifft weder nur einen Teil der Lebenshaltungskosten, noch ist es vorübergehend. Der stetige Anstieg der Preise für alle lebensnotwendigen Güter läßt nur den Weg der allgemeinen Lohnerhöhung offen. Die Steigerung des Reallohnes ist zuletzt nur möglich durch generelle Steigerung des Nominallohnes bei gleichbleibenden oder sinkenden Preisen, oder durch rigorose allgemeine Preissenkung bei gleichbleibenden Effektivlöhnen. Gerade dazu hatten ^{die} Unternehmer seit Monaten Gelegenheit. Alle Verhandlungen darüber sind gescheitert. Die Ankündigung der Unternehmer aber, sowohl der Produktions- als der Verteilerstufe, Lohnerhöhungen würden automatisch die Preisschraube in Bewegung setzen, zeigt

eindeutig, daß diese Kreise beabsichtigen, die gegenwärtigen Gewinnspannen ohne kalkulatorische Korrektur, ohne Berücksichtigung der allgemeinen Leistungssteigerungen in der Produktion auf der Produktionsseinheit zu belassen.

Dieses Verhalten entspricht genau ihrer bisherigen Praxis seit dem Währungsschnitt, die bewies, das volkswirtschaftliche Notwendigkeiten nicht Gegenstand freier moralischer Entscheidungen des Unternehmertums sein können. Es kann auch nicht erwartet werden, daß die Besatzungsmächte oder der Frankfurter Wirtschaftsrat auf dem Wege der Verordnung in dieser Frage so entscheiden, wie es allein den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen entspricht. Die Arbeiterschaft und ihre Organisationen haben - leider vergeblich - allzu viel Geduld bewiesen. Die Konsequenzen für die nun zu treffenden Maßnahmen werden die verantwortlichen müssen, die die Warnung vom 12. November nicht verstehen wollten.

"Stilgerecht"?

Hamburg hat zwei große Tage gehabt. Ein Schuft, wer sich dabei etwas Schlechtes denkt - wird man vielleicht sagen. Immerhin, wenn alles nur annähernd so großartig verlaufen ist, wie es vorgesehen war, dann gab es übergenug Repräsentation. Schon acht Tage vorher war von Hamburg aus in den Hauptstädten Westdeutschlands die Reklametrommel gerührt worden, übrigens zum Mißvergnügen einiger Landesväter, die, zu Hause, mißbilligend die Köpfe schüttelten. Aber offenbar wollten sie ihrem Hamburger Kollegen die Freude nicht verderben. In einem präludivierenden Festartikel berichtete (am geheiligten politischen Platz) ein deutsches "Welt"-Blatt über das Minutenprogramm des "Fahrplanes der Länderchefs" und ihrer Damen: "Die Unterbringung der Ministerpräsidenten in Hamburg geschieht "stilgerecht" - hieß es. Gemeint waren die Hotelschiffe.

"Stilgerecht" - das ist das Stichwort. Mit Verlaub: Der äußere Ablauf dieser Tage war u. R., gemessen an der deutschen Situation, weniger stilgerecht als deplaciert. Nicht einmal das Bonner Grundgesetz ist fertig. Oder hat man an eine Nachfeier für das Ruhrstatut oder eine Vorfeier für das Besatzungsstatut gedacht? Wozu der ganze Tam-Tam? Die Chefverwalter der deutschen Länder trafen sich zu einer Arbeitstagung, das war alles. Wenn es ein politisches Motiv war, das sie aus wohlüberlegter Absicht veranlaßte, sich derart in Szene zu setzen - umso schlimmer. Wir brauchen in Deutschland gewiß nicht mehr nur in Sack und Asche einherzugehen, wir können uns auch einmal einen guten, sogar einen festlichen Tag leisten. Aber es muß wirklich Grund dafür vorhanden sein. Bei dieser Gelegenheit wäre ein etwas sichereres Gefühl für das richtige Verhältnis von Aufwand und Anlaß am Platz gewesen. -u

(Dieser Beitrag kann in der vorliegenden Form selbstverständlich erst nach Beendigung der Hamburger Tagung veröffentlicht werden. D.R.)

"Mehr Staub als gerechtfertigt"

Dr. K. London, im Februar

Das Unterhaus hat die Beratungen über den Bericht des Tribunals in der Korruptionsaffäre im Handelsministerium beendet, ohne daß die Angelegenheit ein geschichtliches Nachspiel haben wird. Die inkriminierten Personen, der ehemalige Staatssekretär John Belcher und der Gewerkschaftsführer Gibson sind von der politischen Tribüne verschwunden. Mr. Belcher hat auf seinen Sitz im Unterhaus in einer nicht ohne Eindruck gebliebenen Abschieds- und Verteidigungsrede verzichtet. Er betonte, daß er in der lautesten Absicht gehandelt habe und gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß sein Verhalten Regierung und Land geschädigt haben sollte. Er beklagte auch die sensationelle Berichterstattung in der Presse, die viel zu dem Aufsehen der Affäre beigetragen habe. Sowohl der Premierminister, als auch Mr. Churchill namens der Opposition billigten Mr. Belcher's Botschaft. Beide stimmten darin überein, daß "die gedankenlose Grausamkeit moderner Berichterstattung" in der Angelegenheit unglücklicherweise mehr Staub aufgewirbelt habe, als gerechtfertigt gewesen sei. Man müsse die öffentliche Verwaltung von jeder Korruption reinhalten, aber die Affäre sei unbedingt übertrieben worden. Soweit es sich um ehemalige Mitglieder der Regierung und anderer Stellen handle, sei die Affäre nunmehr abgeschlossen, da die darin verwickelten Personen bereits ein genug großes Sühnegeld gezahlt hätten. Hingegen müsse der berüchtigte Mr. Stanley entlarvt werden. Die Regierung bemüht sich nunmehr durch die maßgeblichen Stellen, die Polen zu veranlassen, Mr. Stanley als polnischen Untertan anzuerkennen und ihn zu übernehmen. Dieser hat inzwischen eine weitere kleine Sensation dadurch erregt, daß zwei Sonntagsblätter seine und seiner Frau "Lebenserinnerungen" veröffentlichten.

Nach außenhin scheint nun alles wieder in Ordnung zu sein. Man behauptet, der Fall sei eine Einzelercheinung und im großen und ganzen sei die Integrität der Verwaltung unberührt. Diese Behauptung dürfte aber ebenso angebracht sein, wie die überhäufige Sensationsmache der Presse. Unzweifelhaft ist die Moral der öffentlichen Verwaltung in England jener in anderen Ländern noch immer turmhoch überlegen, aber der Fall Stanley hat trotz seiner relativen Harmlosigkeit mit dem Ergebnis geendet, "daß etwas davon hängen bleibt". Der Nimbus der englischen Beamtenmoral ist angekratzt, eine bedauerliche, aber nicht wegzudiskutierende und nicht nur auf England beschränkte Folgeerscheinung einer in ihren Grundfesten erschütterten Zivilisation. Kriege, das zeigt die Geschichte, haben weder die Moral des Siegers, noch die des Unterlegenen gefördert, sie sind auf der moralischen Seite immer ein Verlust. England mag froh sein, wenn diese allgemeine Verfallserscheinung nicht schlimmere Auswirkungen zeigt als der nunmehr abgeschlossene "Fall Stanley".

Atomforscher und Kommunist

A.P. Der französische Nobelpreisträger Joliot-Curie gehört zu den bedeutendsten Atomforschern und wird in seinen Bemühungen von der französischen Regierung weitgehend unterstützt. Er ist aber nicht nur Wissenschaftler, sondern auch überzeugter Kommunist, ebenso wie ein grosser Teil seiner engeren Mitarbeiter. In Frankreich und im Ausland stellte man sich nun die berechnete und angstliche Frage, ob Joliot-Curie nicht eines Tages die Atomgeheimnisse des Westens der Sowjetunion ausliefern werde. Sowohl der Präsident der Republik, Vincent Auriol, wie die französische Regierung haben zunächst den Forscher gedeckt, der den englisch-schweizerischen Journalisten in Paris öffentlich und feierlich erklärte, es könne für einen französischen Kommunisten überhaupt nicht in Frage, irgendeiner Macht, und sei es die Sowjetunion, nationale Geheimnisse zu "bermitteln. Das klang beruhigend.

Weniger beruhigend war die Reaktion der Kommunisten. Zunächst gab keine Zeitung der Partei, die sich sonst Joliot-Curies in jeder Form rühmt, diese Erklärung auch nur andeutungsweise wieder. Man nahm dazu auch nicht öffentlich Stellung. Manche glaubten zu wissen, der Zentralkomitee der Partei habe den Forscher in strenger Form zurechtgewiesen. Hierfür fehlen aber die Beweise. Eine Missbilligung jedoch fand die Haltung Joliot-Curies in sehr eleganter, aber deswegen nicht weniger eindeutigen Form in der Rede, die der mit Thorez für die Geschichte der französischen KP verantwortliche Jacques Duclos auf einer Gedenkfeier für Lenin gehalten hat: "Ein Kommunist, der in seinem Land für den Sieg des Sozialismus, des Kommunismus kämpft, betrachtet die Sowjetunion nicht als ein ausländisches Land, das anderen vergleichbar wäre. Wer könnte auf den Gedanken kommen, dass ein Kommunist die UdSSR, das Land des Sozialismus, auf dieselbe Ebene stellen könnte wie die Vereinigten Staaten, das Land des Imperialismus."

Joliot-Curie hat nach dieser massgeblichen Feststellung noch nicht bekanntgegeben, ob er sich für Frankreich oder Russland entscheidet. Fest steht lediglich, dass jeder Kommunist verpflichtet ist, in erster Reihe den Interessen Moskaus zu dienen.

Gegen Furcht und Not

Aus der Arbeit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

"Wir sind auf der Flucht, sagen die beiden Männer. Wer hilft uns weiter? Unsere Wahl war Sibirien für uns selbst oder für andere, die wir im Auftrage der NKWD besitzeln und denunzieren sollten."

"Mein Mann wurde verhaftet, weil er sich weigerte, freiwillig sein Geschäft dem Konsum zu übergeben. Als er auch der dritten Aufforderung eines Beauftragten zur freiwilligen Geschäftsaufgabe nicht nachkam, wurde er in der folgenden Nacht abgeholt. Ich habe nirgends erfahren können, wo er sich befindet."

"Mein Junge war vierzehn Jahre alt, als er von der Strasse weg verhaftet wurde. Das liegt nun zwei Jahre zurück. Ich habe nie in dieser ganzen Zeit in Erfahrung bringen können, warum er mir

11. Februar 1949

warum er mir weggenommen wurde. Als ich immer wieder bei den Behörden auf Antwort drängte, wurde mir selbst die Verhaftung angedroht.

"Mein Mann war SED-Funktionär. Er hat sich nicht in die SED überweisen lassen. Da wurde er nachts abgeholt. Ein Polizeibeamter sagte mir: Ihr Mann ist Schumacher-Agent. Das war alles, was ich in reichlich zwei Jahren erfahren konnte. Dabei hatte mein Mann weder mit Berlin noch mit dem Westen irgendeine auch nur lose Berührung."

"Drei Jahre war mein Mann in Sachsenhausen. Im Juli 1948 wurde er entlassen. Warum er in Sachsenhausen war, wusste er auch am Tage seiner Entlassung aus dem Sowjet-Konzentrationslager noch nicht. Er hat dann mehrere Angehörige von Häftlingen, mit denen er im Lager zusammen war, benachrichtigt. Das kam zu Ehren der NKWD. Nun ist er erneut verhaftet worden und sitzt wieder im KZ."

So geht es Stunde um Stunde. Schicksal reiht sich an Schicksal. Dutzende Frauen sind es an einem Tage, Hunderte in einer Woche, die sich Angst und Sorge von der Seele reden. Mütter, deren Frauen eines Tages spurlos verschwanden. Flüchtlinge aus der Zone, die in letzter Minute der NKWD entkamen. Eine endlose Reihe.

Als die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" ihre Arbeit aufnahm, wusste jeder Mitarbeiter, er würde ein starkes Herz haben müssen. Aber die sich bereit fanden, waren gewarnt: eigene Not und eigenes Leid hatten sie wissend und hart gemacht. Länger als zwei Jahre hatten bisher schon kleine Gruppen und Einzelne im Stillen geholfen. Die Erfahrung hat gelehrt, dass sie zu schwach waren. Nur eine Zusammenfassung aller, denen die Menschlichkeit mehr als ein billiges Schlagwort bedeutet, verspricht Aussicht auf praktische Erfolge gegen jene grausame Menschenverachtung, die dem Sowjetsystem innewohnt.

Jedes Terrorregime lebt von der Furcht, die es verbreitet. Und von dem Schleier, der über seine Untaten gebreitet liegt. Dem Terror begegnen wollen, erfordert zumeist die Öffnung dieses Schleiers. Das Wissen um alles, was hinter dem Vorhang vor sich geht, personell wie sachlich, ist eine starke Waffe gegen das nur in der Anonymität so verborende Denunzianten- und Spitzeltum in jedem Polizeistaat. Wer den türkischen Angreifer aus dem Hinterhalt kennt, verliert schon einen Teil seiner Furcht. Der Steigbügelhalter wird in das Licht des Tages gezerrt; vorsichtiger sein und vielleicht sein niedriges Handwerk aufgeben, sei es auch nur im Hinblick auf die Rechenschaft, die eines Tages von ihm gefordert werden wird.

Die Bedrohten und Geschundenen aber, die Opfer des Terrors in ihrer vielerlei Gestalt, müssen wissen, dass ihnen im Rahmen des Menschensöglichen beigegeben wird. Nicht mit Auf-die-Schulter-Klopfen und lendenlehnmäÙem Zuspruch, sondern mit praktischem Rat und echter tätiger Hilfe. Diese beiden Aufgaben hat sich die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" gesetzt.

11. Februar 1949

Niemand vermag heute auch nur annähernd genau zu sagen, wie gross die Zahl der in die Sowjetunion Verschleppten, der in den neuen Konzentrationslagern Verhungerten und Verkommenen, der von einer das Licht der Öffentlichkeit scheuenden Willkürjustiz zu hohen Zwangsarbeitsstrafen Verurteilten ist. Dies Dunkel darf nicht bleiben. Jeder kann helfen, es aufzuhellen. Der Kriminalbeamte wie der Gefängniswärter, jeder ehemalige Häftling, jede Familie, die einen Vermissten hat.

Wenn alle Missethätigen zusammenstehen, wenn jeder, der von einer Bedrohung seines Nächsten erfährt, diesen warnt; wenn jeder sein Wissen um Unrechtmässigkeit und Terror nicht für sich behält, wird die Unmenschlichkeit zugleich entlarvt und gelähmt. Es gilt, die Trägheit des Herzens, die Lauheit der Gesinnung, den opportunistischen Egoismus zu überwinden. Mancher der ehemaligen Häftlinge in Sowjet-KZ's, manche Frau, die eine Suchanzeige nach einem Vermissten aufgibt, vor allem Bewohner der ^{Ost-}Zone sind in begreiflicher Sorge vor Repressalien, wenn sie die "Kampfgruppe" mit ihrem Anliegen aufsuchen. Das ist eine Folge der Furcht, die systematisch verbreitet wird. Mit jeder neuen Aussage wird jedoch der Angstschleier wieder ein Stück zerfetzt. Natürlich sind alle Sicherungen getroffen, die sich aus der eigenen Erfahrung der Mitarbeiter zwangsläufig ergeben.

K.B.

Unruh wieder im Lande

sp. Herr Unruh geht wieder um. Diesmal freilich nicht in goldstrotzender Generalsuniform und als schreckerregender "Heldenklaus". Herr Unruh aus Beckeburg gibt sich viel bescheidener und bürgerlicher. Er geht mit einer neuen Gewerkschaft hausieren. Er hat sie höchstselbst gegründet und auch getauft. Sie heisst "Unabhängiger Arbeitnehmerverband" und ist bereits für Niedersachsen lizenziert worden. Ihr Schöpfer will mit seinem Sprössling allerdings weit höher hinaus. Er soll sich nicht nur trizonisieren. Er soll auch ein - natürlich mächtiges - auf christlicher und sozialer Grundlage aufgebautes Bollwerk gegen die marxistischen Gewerkschaften und den kommunistischen Einfluss aus dem Osten werden. Weil Herr Unruh weiss, dass er selbst vor noch nicht allzu langer Zeit Sekretär einer dieser im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinten "marxistischen" Gewerkschaften war und diesen Posten erst aufgab, als man ihn durch den blauen Brief dazu zwang, und weil Herr Unruh weiter weiss, dass er wegen allerlei unrichtiger Verfehlungen auch aus der SPD ausgeschlossen wurde - weil Herr Unruh dies alles weiss, hat er jetzt einen Kreuzzug zur Wiedererweckung der christlichen Gewerkschaften eröffnet.

Er hat bereits die Beziehungen zum Christlichen Arbeitnehmerverband in Utrecht angeknüpft, um in diesem schweren Kampf eine ideale und -selbstverständlich auch materielle- Stütze zu haben. Als geschickter Propagandist lässt er so ganz nebenbei verbreiten, dass auch massgebende Kreise innerhalb der CDU, als da sind Jakob Kaiser, Ministerpräsident Arnold und Arbeitsdirektor Storch, sich bereits lebhaft für den "Unabhängigen Arbeitnehmerverband" interessieren würden. Das wird zwar entschieden bestritten - aber der Zweck heiligt die Mittel. Wichtig ist allerdings, dass von den 7.000 Mitgliedern, die Herrn Unruhs "Unabhängiger Arbeitnehmerverband" angeblich bisher registriert hat, ein Großteil sich aus den beiden niedersächsischen Städten rekrutiert, die bei den jüngsten Kommunalwahlen mit überraschenden Siegen der ganz rechtsausser stehenden Deutschen Rechtspartei aufhorchen liessen. Sollte vielleicht nicht die CDU, sondern die DRP das Jagdgebiet für Herrn Unruhs Gimpelfang sein? Der Einheitsgewerkschaftssekretär und Exsozialdemokrat Unruh kann sich nicht wundern, wenn von seinem Sprössling keine sehr grosse Zukunft prophezeit. Auch sein grasser Namensvetter verschwand bald wieder in der Versenkung.

Feste Brotpreise!

sp. Jede Abwälzung höherer Lebensmittel - insbesondere Getreidepreise auf den Verbraucher, die sich aus einer Anpassung der gegenwärtigen Importpreise an die Weltmarktpreise ergibt, wird von der Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Das ist das wesentliche Ergebnis einer Besprechung maßgebender sozialdemokratischer Politiker und Wirtschaftler, die am 10. Februar in Hannover in kleinstem Kreise stattfand. Wie wir erfahren, nahman darüber hinaus auch gegen die Auffassung von der Notwendigkeit einer solchen Anpassung selbst Stellung, vor allem deshalb, weil aller Voraussicht nach in absehbarer Zeit das Auslandsangebot an wichtigsten Getreidearten so groß sein werde, daß die Preise dann vermutlich unter dem hier geltenden Satz zu liegen kämen. Eine Aufhebung der gebundenen Preise im Agrarsektor wird für unzweckmäßig gehalten. Zur Abdeckung erhöhter Importpreise, wie sie zunächst für das Frühjahr vorgesehen sind, müßte der im übrigen auch praktisch durchaus gangbare Weg der Subventionen beschritten werden. (1/112/hs)

Beginnende Wahlvorbereitungen

sp. Die Vorbereitungsarbeit für die kommenden Wahlen zum vorläufigen westdeutschen Bundesparlament ist innerhalb der Parteiorganisation der SPD jetzt intensiv im Gange. Die Kommission, die sich mit diesem ganzen Fragenkomplex zu befassen hat, ist, unter dem Vorsitz von Dr. Kurt Schumacher, seit dem 9. Januar an der Arbeit. Das Programm ist sehr umfangreich. Am letzten Dienstag und Mittwoch tagten in dieser Sache außerdem in Springe bei Hannover die Sekretäre aller Bezirke. Beratungsgegenstand waren politische, finanzielle und technische Fragen. Man ist der Auffassung, daß die besondere organisatorische Stärke der Partei gerade in den kommenden Wochen und Monaten zur vollen Auswirkung kommen und einen wesentlichen Beitrag für den Erfolg der Arbeit leisten wird. (m/1/112/hs)

Fortgesetzte KP-Krise

sp. In Niedersachsen verstärkt sich die Krise der KP von Tag zu Tag. Nach dem Ende des vorigen Jahres die beiden Lizenzträger der kommunistischen "Niedersächsischen Volksstimme", Edu Wald und Frieda Deutschmann, wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Bezirksleitung der KP ihre Lizenz zurückgegeben hatten, erklärte kurz darauf Wald seinen Austritt aus der KP. Jetzt hat sich auch Frau Deutschmann dazu entschlossen. Ferner ist nunmehr der frühere Sekretär der Partei, Mitglied der Landesleitung und Reg.-Rat a.D. Muschkau, der sich innerhalb der KP gegen die Sabotage des Marshall-Hilfsplans und gegen die antisozialdemokratische Hetze wandte, aus der KP ausgeschlossen worden.

Der Vertriebsleiter der "Niedersächsischen Volksstimme", Meschke, und der ehemalige Leiter des Feuilletons, Pechstein, gehören ebenfalls nicht mehr der KP an. Meschke wurde von der KP wegen angeblich vorhandener Differenzen in der Abrechnung von Ostzonenliteratur verklagt, die Klage wurde aber abgewiesen. Pechstein hat seinerzeit die Redaktion der "Niedersächsischen Volksstimme" wegen 2000 Mark rückständiger Gehalts verklagt. (b/B.115/1/112/hs)